

Krisengipfel zur Rettung der Gesundheitsversorgung: Politik in der Pflicht!

Die Gesundheitsversorgung in Österreich steht im Fokus eines Krisengipfels, um nachhaltige Lösungen und Effizienzsteigerungen zu diskutieren.



Berlin, Deutschland - Die Gesundheitsbranche in Österreich sieht sich einem alarmierenden Budgetproblem gegenüber! **Kleine Zeitung** berichtet, dass die Österreichische Ärztekammer einen Krisengipfel fordert, um die drohende Krise in der Gesundheitsversorgung anzugehen. Steinhart, ein führendes Mitglied der Ärztekammer, betont, dass die sofortige Umsetzung nachhaltiger Effizienzsteigerungen, die Sicherstellung der Finanzierung und die Einführung eines einheitlichen Leistungskatalogs notwendig sind, um das solidarische Gesundheitssystem zu stärken.

Edgar Wutscher, Vizepräsident der Ärztekammer, macht deutlich, dass der Staat in der Verantwortung steht, ein solides Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten. Er fordert einen Krisengipfel, da die Probleme in den Bundesländern zunehmen und in einigen Regionen die ÖGK als Verhandlungspartner völlig abwesend ist. „Es wäre ein Armutszeugnis für ein reiches Land wie Österreich, wenn das solidarische Kassensystem ruiniert wird“, warnt Wutscher.

Krisengipfel und Politiker unter Druck

In Deutschland ist das Thema ähnlich heiß. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat für den 9. Januar einen Krisengipfel einberufen, bei dem er sich mit Ärztevertretern über die Herausforderungen in der ambulanten Versorgung austauschen möchte. Die Vertreter des Hausärzteverbands, Markus Beier und Nicola Buhlinger-Göpfarth, erinnern Lauterbach an seine Zusagen zur Entbudgetierung hausärztlicher Leistungen, beschreiben die Lage jedoch als „absolut inakzeptabel“, wenn interne Streitigkeiten die Umsetzung dieser Projekte behindern. Sie fordern, dass die Ampelfraktionen ihrer Pflicht nachkommen und die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Maßnahmen umsetzen.

Darüber hinaus stellen die Hausärzte klar, dass diese Probleme nicht nur sie selbst, sondern auch Millionen von Patienten betreffen, die auf eine qualitativ hochwertige Versorgung angewiesen sind. Sie kritisieren die Bürokratie und fordern, dass die Politik den Druck auf die hausärztliche Versorgung verringert, um die im Gesundheitswesen herrschenden Probleme effektiv zu lösen. Lauterbach muss einen wirksamen Plan vorlegen, um Ärzte zu unterstützen, die in einem zunehmend schwierigen Umfeld tätig sind.

Details	
Vorfall	Sonstiges

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• www.aerzteblatt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at